

öffentliche Sitzung

Federführend: 4.1 - Bauverwaltung	AZ: Berichtersteller/-in: Frau Lo Cicero-Marenberg
Beratungsfolge: Datum Gremium 01.12.2015 Ausschuss für Stadtentwicklung	
Abschluss eines Öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. § 11 Baugesetzbuch -BauGB- für den B-Planbereich Nr. 344 "Marie- Juchacz-Straße"	

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt: „Dem Abschluss des als Anlage /1 beigefügten Öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. § 11 Baugesetzbuch –BauGB- mit der VIVAWEST Wohnen GmbH“ wird zugestimmt.

Darstellung der Sachlage:

Die VIVAWEST Wohnen GmbH beabsichtigt, im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 344 – Marie-Juchacz-Straße die Erschließung zur baulichen Nutzung der Grundstücke herzustellen. Die erforderlichen geprüften Anlagen zum Vertrag liegen der Stadt Alsdorf vor.

Darstellung der Rechtslage:

Gemäß § 11 BauGB kann die Gemeinde die Erschließung durch Vertrag auf einen Dritten übertragen.

Darstellung der finanziellen Auswirkungen:

Der Unternehmer trägt alle für die Erschließung des Plangebietes notwendigen Kosten zu 100 %. Die Erschließungsanlagen werden kosten-, lasten- und gebührenfrei der Stadt übergeben.

Darstellung der ökologischen und sozialen Auswirkungen:

-keine-

Anlage/n:

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

_____ Bürgermeister	_____ Erster Beigeordneter	Gez. Lo Cicero- Marenberg _____ Technische Beigeordnete
_____ Dezernent	_____ Kaufmännischer Betriebsleiter ETD	_____ Technischer Betriebsleiter ETD
_____ Kämmerer	_____ Rechnungsprüfungsamt	

**Öffentlich-rechtlicher Vertrag
gemäß § 11 Baugesetzbuch**

über die Herstellung von Erschließungsanlagen

zwischen VIVAWEST Wohnen GmbH
Nordsternplatz 1, 45899 Gelsenkirchen

- im folgenden Erschließungsträger genannt -

und der Stadt Alsdorf, diese vertreten durch den Bürgermeister,

- im folgenden Stadt genannt -

wird folgendes vereinbart:

INHALTSÜBERSICHT

- § 1 Vertragsinhalt und Erschließungsauftrag
- § 2 Verkehrsanlagen
- § 3 Art und Umfang der Erschließungsanlagen
- § 4 Planung und Ausführung der Erschließung
- § 5 Versorgungsträger und Infrastruktur
- § 6 Vorbereitung und Baubeginn
- § 7 Überwachung und Baudurchführung
- § 8 Fertigstellung der Erschließungsanlagen
- § 9 Abnahme
- § 10 Übernahme der Erschließungsanlagen, Widmung, Eigentumsübergang
- § 11 Haftung und Verkehrssicherung
- § 12 Abrechnung der vertraglichen Leistungen
- § 13 Sicherung der Vertragserfüllung
- § 14 Kosten des Vertrages
- § 15 Schlussbestimmungen
- § 16 Wirksamwerden
- § 17 Bestandteile des Vertrages

§ 1 Vertragsinhalt und Erschließungsauftrag

- (1) Der Erschließungsträger hat die Absicht, die in dem beigegeführten Lageplan (Anlage 1) in gelber Farbe umrandeten Grundstücke einer baulichen Nutzung zuzuführen. Die Flurstücke 1918 und 882 des Flur 1 sind im Besitz des Eschweiler Bergwerksverein GmbH. Die Grundstücke –Flurstücke 1617, 1950, 1951, 1619, 1620, 1621, 1622 des Flur 1 sind nicht im Besitz des Eschweiler Bergwerksvereins GmbH und sollen von den jeweiligen Eigentümern ebenfalls einer baulichen Nutzung zugeführt werden. Alle Grundstücke liegen im Bereich des B-Planes Nr. 344 „Marie-Juchacz-Straße“, der seit dem Rechtskraft erlangt hat. Bei der Erschließung sind die Regelungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes einzuhalten.
Etwaige Änderungen der Bauleitplanung gehen zu Lasten des Verursachers.
- (2) Dem Erschließungsträger ist bekannt, dass nach der Investitionsplanung der Stadt die Herstellung der Erschließungsanlagen durch die Stadt in absehbarer Zeit nicht beabsichtigt ist.
- (3) Die Stadt überträgt dem Erschließungsträger gemäß § 11 Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl I S. 1548) die Durchführung der Erschließung nach Maßgabe dieses Vertrages.
- (4) Der Erschließungsträger verpflichtet sich, diese Erschließung in eigenem Namen und auf eigene Rechnung nach Maßgabe der folgenden Vertragsbestimmungen, der einschlägigen Rechtsvorschriften und der anerkannten Regeln der Technik und Baukunst durchzuführen.

§ 2 Verkehrsanlagen

Der Erschließungsträger verpflichtet sich, die in dem beigegeführten Lageplan (Anlage 1) in

roter Farbe (Entwässerung und Platzflächen)

gelber Farbe (Wegeflächen)

grüner Farbe (Grünflächen)

dargestellten Erschließungsanlagen spätestens bis zum 31.12.2022 auf seine Kosten endgültig herzustellen und sie kosten-, lasten- und gebührenfrei der Stadt zu übergeben.

§ 3 Art und Umfang der Erschließungsanlagen

- (1) Die Erschließung nach diesem Vertrag umfasst:
- a) die Freilegung der öffentlichen Erschließungsflächen,
 - b) die Herstellung der öffentlichen Entwässerungsanlagen (Oberflächenentwässerung, Kanal, Grundstücksanschlussleitungen und die Anbindungen an das vorhandene Kanalsystem); die Anbindung an das öffentliche Kanalnetz erfolgt an das bestehende ehemalige Trennsystem, die Anbindungsstellen bedürfen der Genehmigung des Eigenbetriebes Technische Dienste der Stadt,
 - c) die erstmalige Herstellung der öffentlichen Verkehrsfläche,
 - d) die Herstellung der Beleuchtungseinrichtungen gem. § 4 Abs. 4 des Vertrages,
 - e) die Herstellung der Begleitbegrünung und platzgestalterischer Elemente,
 - f) die Herstellung der Verkehrsbeschilderung.
- (2) Die für die Entwässerung der Grundstücke erforderlichen Grundstücksanschlussleitungen sind entsprechend den bei der Stadt einzuholenden Genehmigungen auf Kosten des Antragstellers bzw. Unternehmers im Zuge der Kanalbaumaßnahme herzustellen.
Anzahl und Lage der Anschlussleitungen, evtl. auch der Vorsorgeanschlüsse, sind mit der Stadt abzustimmen.
- (3) Wird im Zuge der Baumaßnahme ein Eingriff in die öffentliche Verkehrsfläche der Stadt Alsdorf erforderlich, sind folgende Sachverhalte zu beachten:
Die Ausführung des Oberbaus ist den „Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen“ (RStO) in der jeweils aktuellen Fassung zu entnehmen. Abweichungen sind mit dem zuständigen Fachgebiet 4.3 der Stadtverwaltung Alsdorf abzustimmen.
Als Frostschutz- und Schottertragschicht ist RCL (Recycling Baustoffe) zulässig. Wasser- und landschaftsschutzrechtliche Nachweise sind vorzulegen. Der Einbau von RCL 2 Materialien ist nicht zulässig.
Die erforderliche Standfestigkeit der Verkehrsfläche ist durch entsprechende Druckversuche nachzuweisen und dem Fachgebiet 4.3 vorzulegen.
Es gelten jederzeit die zur beauftragten Ausführung zugehörigen gültigen Gesetze, Richtlinien, technische Bedingungen und Verordnungen in aktueller Fassung.

§ 4 Planung und Ausführung der Erschließung

- (1) Planung, Herstellung und Abnahme der Erschließungsanlagen erfolgt in Abstimmung mit den zuständigen Fachbereichen der Stadt.
- (2) Der Erschließungsträger verpflichtet sich, die Planung, die örtliche Bauleitung und die Oberleitung der Bauausführung für die im § 3 aufgeführten Arbeiten auf seine Rechnung einem leistungsfähigen und ortskundigen Ingenieurbüro zu übertragen, das die Gewähr für die technisch beste und wirtschaftlichste Abwicklung der Baumaßnahme garantiert.
Die Pläne über die Ausführung der Erschließungsmaßnahmen bedürfen soweit sie nicht schon Bestandteil dieses Vertrages sind, der ausdrücklichen Zustimmung der Stadt.
- (3) Die Herstellungsarbeiten sind nach dem vom Erschließungsträger im schriftlichen Einvernehmen mit der Stadt zu erstellenden Ausbau- bzw. Ausführungsplänen und Leistungsverzeichnissen in sach- und fachgerechter Weise durchzuführen. Für den Bereich der Anbindungen gelten die Festsetzungen der Ausbaupläne als verbindlich. Der Erschließungsträger verpflichtet sich, während der Dauer der Erschließungsarbeiten regelmäßig Baubesprechungen mit Vertretern der Stadt vor Ort abzuhalten.
- (4) Ausschreibung und Vergabe aller für die erstmalige Herstellung der in § 3 ausgeführten Arbeiten obliegen dem Erschließungsträger und sind nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB Teil B und Teil C) durchzuführen. Dies gilt sowohl für die Baustraße als auch für die spätere endgültige Herstellung. Die Vergabe der Arbeiten bedarf der schriftlichen Zustimmung der Stadt.
Die notwendigen Beleuchtungseinrichtungen - Lampenart, Lampenabstand und Ausleuchtungskraft - werden von der Stadt in Absprache mit dem Vertragspartner vorgegeben.
- (5) Der Erschließungsträger verpflichtet sich, die Ausführung der Herstellungsarbeiten nur Firmen zu übertragen, die die dafür erforderliche Eignung besitzen und zuverlässig und leistungsfähig sind. Diese Voraussetzungen sind der Stadt auf Verlangen nachzuweisen.

Der Erschließungsträger hat das planende und bauleitende Ingenieurbüro sowie die bauausführenden Firmen vertraglich zu verpflichten, eine fünfjährige Gewährleistung für Straßenbauarbeiten und eine fünfjährige Gewährleistung für Kanalbauarbeiten nach VOB-Abnahme durch den Erschließungsträger und die Stadt zu übernehmen.

- (6) Abweichungen von den Ausbau- bzw. Ausführungsplänen und Leistungsverzeichnissen, die sich an Ort und Stelle bei der Durchführung der Arbeiten als zweckmäßig oder wünschenswert ergeben, bedürfen der schriftlichen Zustimmung der Stadt.
- (7) Der Unternehmer ist verpflichtet, zur Durchführung der Baumaßnahme einen SIGEKO (Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator) gemäß Baustellenverordnung von 1998 zu bestellen und namentlich zu benennen.

§ 5 Versorgungsträger und Infrastruktur

- (1) Dem Erschließungsträger obliegt es, nach Abschluss dieses Vertrages alle erforderlichen Versorgungsunternehmen von der bevorstehenden Herstellung der Erschließungsanlage in Kenntnis zu setzen. Der Erschließungsträger hat die Herstellung der erforderlichen Versorgungsinfrastruktur durch den zuständigen Träger zu veranlassen und zu koordinieren. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass die von diesen Stellen zu verlegenden Anlagen so rechtzeitig hergestellt werden, dass dadurch die Erschließung nicht beeinträchtigt wird und Aufbrüche bereits fertiggestellter Teile der Erschließungsanlage ausgeschlossen werden.
- (2) Der Unternehmer trifft, soweit erforderlich, mit den Versorgungsbetrieben eine Regelung über den Bau der vorgesehenen Versorgungsleitungen. Die Lage von Infrastrukturstraßen/ Leitungen ist mit der Stadt abzustimmen.

§ 6 Vorbereitung und Baubeginn

- (1) Vor dem Baubeginn hat der Erschließungsträger die Absteckung der festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen durch einen öffentlich bestellten Vermessungsingenieur durchführen zu lassen. Ein Absuchen des Erschließungsgeländes durch den Kampfmittelräumdienst wird empfohlen.

- (2) Der Erschließungsträger ist verpflichtet, eigenverantwortlich die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen - z.B. nach dem Baurecht, Straßenverkehrsrecht, Wasserrecht etc. - einzuholen.
Ebenfalls sind dem Eschweiler Bergwerks Verein rechtzeitig vor Baubeginn zur Sicherung evtl. anfallender Bergschäden die Planunterlagen einzureichen.
Notwendige Bergsicherungsarbeiten gehen zu Lasten des Erschließungsträgers und bedürfen der Abstimmung mit der Stadt.
- (3) Der Baubeginn ist der Stadt spätestens drei Wochen zuvor schriftlich anzuzeigen.
Die Stadt oder ein von ihr beauftragter Dritter ist berechtigt, die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten zu überwachen und die unverzügliche Beseitigung festgestellter Mängel zu verlangen.
- (4) Für die Dauer der Bauzeit ist die Baustelle zur Tages- und Nachtzeit für jedermann erkennbar abzusichern.
Dabei sind insbesondere die Straßenverkehrsordnung -STVO- und die allgemeinen Regeln der Verkehrssicherungspflicht zu beachten.

§ 7 Überwachung und Baudurchführung

Der Erschließungsträger hat - insbesondere auf Verlangen der Stadt - von den für den Bau der Anlagen verwendeten Materialien nach den hierfür geltenden technischen Richtlinien Proben zu entnehmen und diese in einem anerkannten Baustofflaboratorium untersuchen zu lassen und die Untersuchungsbefunde der Stadt vorzulegen. Er verpflichtet sich, Stoffe oder Bauteile, die diesem Vertrag nicht entsprechen, innerhalb einer von der Stadt bestimmten Frist auf eigene Kosten zu entfernen.

§ 8 Fertigstellung der Erschließungsanlagen

- (1) Vor Beginn der Hochbaumaßnahmen sind die endgültig fertiggestellten Versorgungsleitungen und Entwässerungsanlagen an den vorgesehenen Straßen (Bastraßen) herzustellen.
- (2) Die öffentlichen Entwässerungsanlagen (Schächte und Haltungen) sind spätestens zwei Wochen vor der Schlussabnahme auf Kosten des Erschließungsträgers optisch

und mittels Druckprüfung nach SüWVO Abw zu untersuchen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind dem Fachbereich der Stadt, dem Eigenbetrieb Technische Dienste, unmittelbar nach der Untersuchung auszuhändigen.

Die Grundstücksanschlussleitungen sind spätestens zwei Wochen vor der Schlussabnahme auf Kosten des Erschließungsträgers auf Dichtheit nach SüWVO Abw zu prüfen. Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Fachbereich der Stadt, dem Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt unmittelbar nach der Prüfung auszuhändigen.

- (3) Nach Herstellung der Grundstücksanschlussleitungen sind diese an der Grundstücksgrenze in ihrer Höhe und Lage zu dokumentieren, so dass ein späteres Auffinden zum Anschluss der Hausanschlussleitungen problemlos möglich ist. Die Dokumentation ist dem Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt unmittelbar nach der Aufstellung auszuhändigen.
- (4) Etwaige Schäden, einschließlich der Straßenaufbrüche in den Baustraßen, sind vor der endgültigen Fertigstellung der Straße fachgerecht durch den Erschließungsträger zu beseitigen. Die endgültige Fertigstellung kann in Teilabschnitten erfolgen, soweit in einem Teilabschnitt die Wohnbebauung abgeschlossen ist und in dem anderen Teilabschnitt der Abschluss noch nicht absehbar ist. Ausgehend von der Hauptplanstraße ergibt sich eine Ringschließung und damit ein separat ausbaubarer Teilabschnitt. Bezogen auf die gesamte Fläche der zu veräußernden Grundstücke des Eschweiler Bergwerksvereins GmbH darf die endgültige Fertigstellung der Erschließungsanlagen erst begonnen werden, wenn 80% der Hochbaumaßnahmen fertiggestellt sind. Die Erstellung der Baumaßnahmen auf den Grundstücken der Fremdanlieger haben auf den Zeitpunkt des Endausbaus der Erschließung keinen Einfluss.
- (5) Bei abschnittsweiser Fertigstellung der Hochbauten sind die Straßen bzw. Straßenteile soweit endgültig herzustellen, dass eine gefahrlose und verkehrssichere Nutzung für Fußgänger und Kraftfahrzeuge gewährleistet ist.
- (6) Vor Bezug des 1. Gebäudeteiles sind die erforderlichen Straßenbenennungsschilder und Verkehrszeichen aufzustellen. Der Standort wird durch die Stadt bestimmt. Die notwendigen Verkehrszeichen – hierzu gehören auch Fahrbahnmarkierungen und Straßennamenschilder – dürfen erst nach vorheriger Anordnung durch die Straßenverkehrsbehörde aufgestellt werden. Zur Anordnung ist der

Straßenverkehrsbehörde ein entsprechender Beschilderungs- und Markierungsplan vorzulegen.

- (7) Wird die endgültige Herstellung der Erschließungsanlage aus Gründen, die der Erschließungsträger zu vertreten hat, verzögert oder aus anderen Gründen nach diesem Vertrag nicht hergestellt, kann die Stadt nach vorheriger Aufforderung an den Unternehmer mit der Fristsetzung von zwei Monaten die erforderlichen Arbeiten für die endgültige Herstellung der Erschließungsanlage auf Kosten des Erschließungsträgers ausführen lassen. Hierdurch entstehende Mehrkosten gehen voll zu Lasten des Erschließungsträgers.

§ 9 Abnahme

- (1) Der Erschließungsträger zeigt der Stadt die vertragsgemäße Herstellung der Anlagen schriftlich an. Die Stadt setzt einen Abnahmetermin auf einen Tag innerhalb von drei Wochen nach Eingang der Anzeige fest. Die Anlagen sind von der Stadt und dem Erschließungsträger gemeinsam abzunehmen. Das Ergebnis ist zu protokollieren.
- (2) Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese innerhalb von drei Monaten vom Tage der gemeinsamen Übernahme angerechnet durch den Erschließungsträger zu beseitigen.
- (3) Im Falle des Verzuges ist die Stadt berechtigt, die Mängel auf Kosten des Erschließungsträgers selbst zu beseitigen oder beseitigen zu lassen.

§ 10 Übernahme der Erschließungsanlagen, Widmung, Eigentumsübergang

- (1) Im Anschluss an die mängelfreie Abnahme übernimmt die Stadt die Erschließungsanlagen, wenn der Erschließungsträger vorher
 - a) in zweifacher Ausfertigung die Schlussrechnung mit Aufmaßzeichnungen, Massenberechnungen und Bestandsplänen nach DIN,
 - b) einen Beleuchtungsplan nach den Forderungen der EWV (s.a. § 4 Abs.4) sowie
 - c) Nachweise über die Dichtheit der Entwässerungsanlagen (Dokumentation mittels Videoaufzeichnungen und Vorlage der Prüfungsprotokolle der Druckproben) vorlegt. Bei der Kanal-TV-Untersuchung im Rahmen der

Abnahme sind die verbindlichen Codes der DIN EN 13508-2 für die Beschreibung der Beobachtungen im Inneren von Abwasserleitungen und Kanälen, Schächten und Inspektionsöffnungen möglichst vollständig zu übernehmen. Die DIN EN 13508-2 ist in Verbindung mit dem DWA Merkblatt DWA-M 149-2 anzuwenden.

Damit die Daten in das Datenbankmodell eingepflegt werden können, sind diese nach der Formatvorgabe des Merkblattes ATV-DVWK-M-150 zu speichern. Es ist ein gesonderter Datenträger (CD) mit allen Zustandsdaten eines Untersuchungsabschnittes im geforderten Datenaustauschformat zu erstellen und an den Eigenbetrieb Technische Dienste der Stadt zu übergeben.

- d) die Schlussvermessung durchgeführt und eine Grenzbescheinigung eines öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs im Format: Grafik Datei dxf-Format -vorgelegt wurde und die Stadt Eigentümer der öffentlichen Erschließungsflächen ist.

Die Schlussvermessung beinhaltet auch die örtliche Einmessung der öffentlichen Entwässerungsanlage. Aufzunehmen sind Lagekoordinaten des Kanalschachtdeckelmittelpunktes im ETRS89 Koordinatensystem, einschließlich des Anschlusspunktes an das Lagefestpunktnetz. Weiterhin sind die Kanalschachtdeckelhöhen im „Deutschen Haupthöhennetz 1992“ (DHHN92) als NHN-Höhen mittels Ingenieurnivellement zu bestimmen. Vorgeschrieben ist der Anschluss an die Höhen des Leitnivellements .

Es ist ein Datenträger mit einer Datei (Excel- oder Ascii-Format) zu erstellen in der die Lage- und Höhendaten der Schächte und Haltungen enthalten sind. Alle Schachtdaten sind tabellenförmig unter Angabe von Ostwert, Nordwert, Deckelhöhe in müNHN, Sohlhöhe im tiefsten Punkt in müNHN, Schachtlänge/-durchmesser in m, Schachtbreite in m und Material zusammenzustellen. Alle Haltungsdaten sind tabellenförmig unter Angabe von Schachtnummer am Haltungsanfang (von Schacht), Schachtnummer am Haltungsende (nach Schacht), Sohlhöhe am Haltungsanfang in müNHN, Sohlhöhe am Haltungsende in müNHN, Abwasserart (SW, RW, MW), Material, Profil, Profilhöhe in mm und Profilhöhe in mm zusammenzustellen.

Die Vermessung ist von einem öffentlich bestellten Vermesser durchzuführen. Ein Bestandsplan im Maßstab 1 : 500 (2-fach) zu erstellen.

- (2) Die Übernahme gilt mit dem Zugang der von der Stadt unverzüglich auszufertigenden Übernahmebestätigung bei dem Erschließungsträger als vollzogen. Mit der Übernahme gehen die Anlagen mit ihren Bestandteilen in die Baulast, Unterhaltung und Verkehrssicherungspflicht der Stadt über.

- (3) Die Widmung der Erschließungsanlage für den öffentlichen Verkehr erfolgt durch die Stadt.
Der Erschließungsträger stimmt der Widmung durch die Stadt ab dem Zeitpunkt der Übernahme zu.
- (4) Das Eigentum an der öffentlichen Verkehrsfläche wird der Stadt nach Fertigstellung der Maßnahme schenkweise übertragen.

§ 11 Haftung und Verkehrssicherung

- (1) Der Erschließungsträger haftet bis zur Übernahme der Anlagen für jeden Schaden, der durch die schuldhafte Verletzung der bis dahin ihr obliegenden allgemeinen Verkehrssicherungspflicht entsteht und für solche Schäden, die infolge der Erschließungsmaßnahmen an bereits verlegten Leitungen oder sonst wie schuldhaft verursacht werden. Der Erschließungsträger stellt die Stadt insoweit von allen Schadenersatzansprüchen frei. Diese Regelung gilt unbeschadet der Eigentumsverhältnisse.
- (2) Die Verkehrssicherungspflicht verbleibt bis zur Übergabe nach § 2 beim Erschließungsträger.
- (3) Für die Durchführung der Baumaßnahme ist das Bestehen einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen.
- (4) Bis zur Abnahme durch die Gemeinde trägt der Erschließungsträger die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung der in der Herstellung befindlichen Erschließungsanlagen.

§ 12 Abrechnung der vertraglichen Leistungen

Über die Höhe der Herstellungskosten sowie dem Erschließungsträger entstandenen Planungskosten ist der Stadt in zweifacher Ausfertigung Rechnung zu legen, einschließlich der Aufmaße für die Lieferungen und Leistungen zum Bau der Abwasseranlagen und dem Straßenbau. Diese Leistungen sind in getrennten Rechnungen einzureichen. Die Rechnungsausfertigungen bleiben bei der Stadt.

Bei Rechnungsstellung zum Bau der Abwasseranlagen sind die Kosten für die Anschlussleitungen (Grundstücksanschlüsse und Straßenablaufleitungen) separat auszuweisen.

§ 13 Sicherung der Vertragserfüllung

- (1) Zur Sicherung der sich aus diesem Vertrag für den Erschließungsträger ergebenden Verpflichtungen leistet der Unternehmer Sicherheit in Höhe von Euro 1.021.318 (in Worten: einmillioneeinundzwanzigtausenddreihundertachtzehn durch Übergabe einer unbefristeten selbstschuldnerischen Bürgschaft einer Bank, Sparkasse oder eines Kreditversicherungsunternehmens.
Die Bürgschaft wird durch die Stadt mit der Herstellung und mangelfreien Abnahme der öffentlichen Abwasseranlage einschließlich der Grundstücksanschlussleitungen bis zur Grenze der anliegenden Baugrundstücke mit einem Teilbetrag von 298.595€ brutto (in Worten: zweihundertachtundneunzigtausendfünfhundertfünfundneunzig Euro brutto) freigegeben.
Die Bürgschaft wird durch die Stadt entsprechend dem Baufortschritt in Teilbeträgen entsprechend den jeweiligen erbrachten und abgenommenen Bauleistungen, jedoch höchstens bis zu 90 % freigegeben. Die Freigabe erfolgt in der Höhe der jeweiligen nachgewiesenen Kosten.
- (2) Nach den VOB-Abnahmen der einzelnen Maßnahmen und Vorlage der Schlussrechnungen mit Anlagen ist für die Dauer der Gewährleistungsfrist eine unbefristete Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von 3 % der Baukosten vorzulegen. Nach Eingang wird die verbliebene Vertragserfüllungsbürgschaft freigegeben.
- (3) Der Erschließungsträger ist berechtigt, die Bürgschaften als Konzernbürgschaften der Vivawest GmbH zu stellen.
- (4) Die Überwachung der Gewährleistungen und Mängelbeseitigungen obliegen bis zum Ablauf der Gewährleistungsfristen dem Unternehmer.
- (5) Die erforderlichen VOB-Abnahmen nach § 12 VOB/B liegen in der Zuständigkeit des Erschließungsträgers. Alle VOB-Abnahmebescheinigungen sind bei der Übergabe der Erschließungsanlagen an die Stadt vorzulegen.

- (6) Der Erschließungsträger übernimmt die Gewähr, dass seine Leistungen zur Zeit der Abnahmen durch die Gemeinde die vertraglich vereinbarte Eigenschaft hat, den anerkannten Regeln der Technik und Baukunst entspricht und nicht mit Fehlern bzw. Mängeln behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu den nach dem Vertrag vorausgesetzten Zweck aufheben oder mindern.

§ 14 Kosten des Vertrages

Die Kosten der Beurkundung dieses Vertrages und seines Vollzuges im Grundbuch trägt der Erschließungsträger.

§ 15 Schlussbestimmungen

- (1) Vertragsänderungen oder -ergänzungen bedürfen, sofern sie nicht notarieller Beurkundung erfordern, zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform.
- (2) Erfüllungsort ist Alsdorf, Gerichtsstand für beide Vertragspartner ist das für Alsdorf zuständige Gericht.
- (3) Der Vertrag ist zweifach ausgefertigt.
Die Stadt und der Erschließungsträger erhalten je eine Ausfertigung.
- (4) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder unwirksam werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt.
Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch den Vertragszweck entsprechende wirksame Bestimmungen zu ersetzen.

§ 16 Wirksamwerden

Der Vertrag wird wirksam, wenn alle Vertragsparteien rechtsverbindlich unterzeichnet haben und der Erschließungsträger die Sicherheit nach § 14 dieses Vertrages der Stadt übergeben hat.

§ 17 Bestandteile des Vertrages

Wesentliche Bestandteile dieses Vertrages sind:

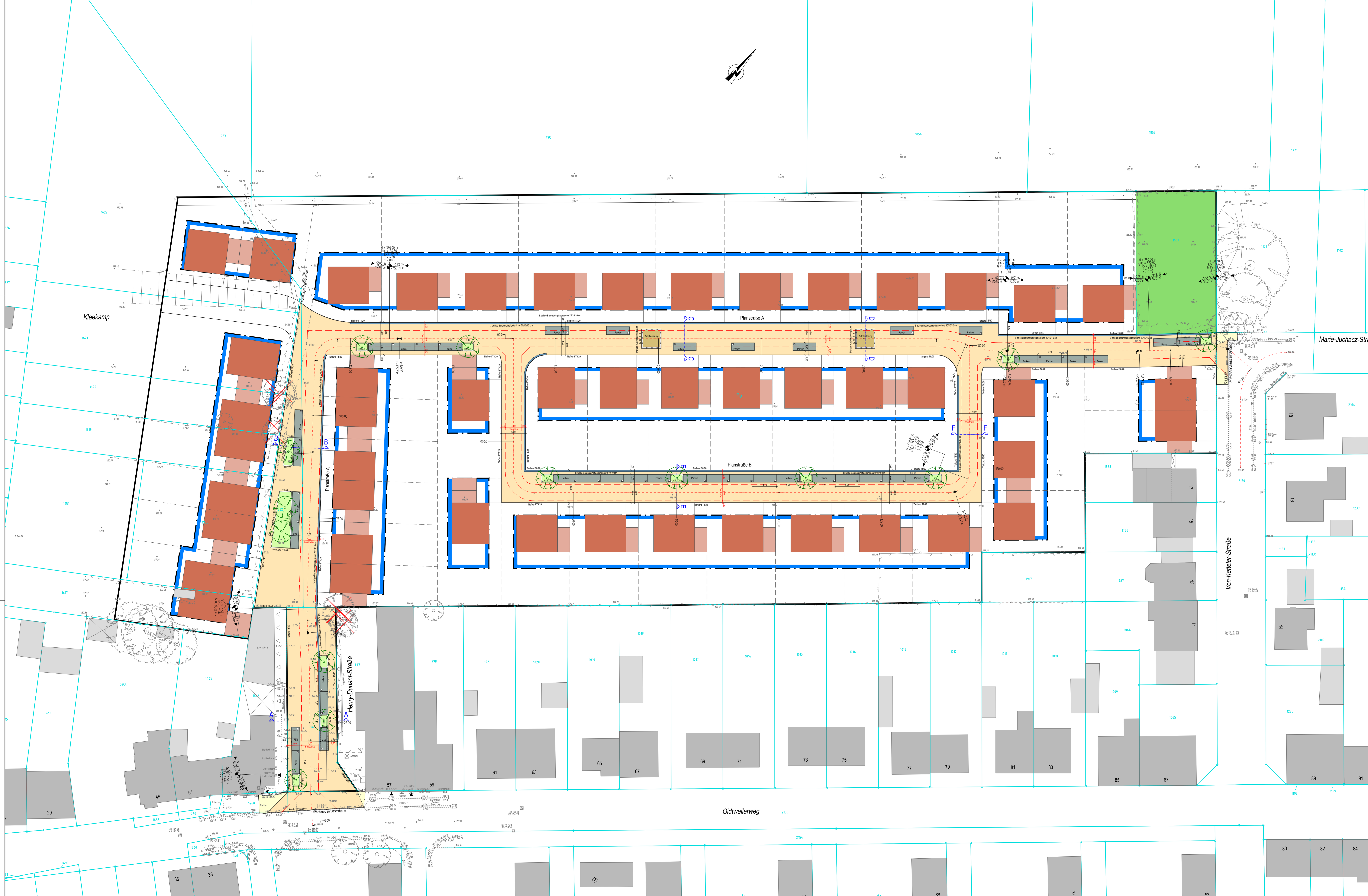
- a) Lageplan und Systemschnitt (Anlage),
- b) die Planungen, Baubeschreibungen, Erläuterungen (wurden vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt) Nrn. und Kostenberechnungen (Anlagen Nr.).

Alsdorf, den _____
Der Bürgermeister

Gelsenkirchen, den _____
Der Erschließungsträger

Sonders

Notar



Vermessung/Bestand		Zeichenerklärung	
○ Trigonometrischer Punkt	○ Schieber undefiniert	○ Pfeiler	○ Lichtbohle
○ Aufnahmepunkt	○ Straßenauf 30 x 50 cm	○ Kabelschacht (rechteckig)	○ Pfahl
○ Grenzpunkte	○ Straßenauf 50 x 50 cm	○ Kabelschacht (quadratisch)	○ KM-Stirn
○ Einzelpunkte	○ Straßenauf 100 x 100 cm	○ Hauszugang	○ Maststück
○ Höhenbolzen	○ Verkehrszeichen	○ Zufahrt	○ Mastfund
○ Schachtkörper (Ø 80 cm)	○ Wasserleit. / Entwässerl.	○ Fundt.	○ Halbmast
○ Schachtkörper (Ø 82,5 cm)	○ Lichtgrundlege	○ Lichtpunkt	○ Telefon
○ Wasserzähler	○ Beleuchtungsarm	○ Hecke	○ Mähdreher
○ Gasschieber	○ Beleuchtungsstichmast	○ Hecke	○ Baum
○ Hydrant	○ Fahnenmast	○ Brekaster o. ä.	○ Baumstumpf
○ Querflurhydrant	○ Busstahlsäule	○ Denkmal	
Planung		○ Baum Bestand (entfällt)	
■ Fahrbahn Pflasterbauweise	■ Bebauungsfläche 20'00 cm breiter mit Fahr.	○ Neupflanzung Baum	
■ Gehweg Pflasterbauweise	■ Bebauungsfläche 30'00 cm ges. mit Fahr.	○ Hauszugang	
■ Parken Pflasterbauweise	■ Bebauungsfläche 20'00 cm einseitig mit Fahr.	○ Zufahrt	
■ Parken Asphaltbauweise	■ Bebauungsfläche 20'00 cm einseitig mit Fahr.		
■ Grünfläche			

Hinweis:
Die vermessungstechnische Aufnahme des Geländes und der Topografie erfolgte durch:
• durch die ÖCVI Vorholz + Wüller, 52064 Aachen, im Juni 2015

Hinweis:
Alle Höhenangaben sind NN-Höhen (Höhenbolzen aus dem Jahr 1997).
Das Lagebezugssystem ist Gauß-Krüger.

Nr.:	Ä. Änderung E = Ergänzung	Gezeichnet:	Bestätigt:	Datum:

Auftraggeber: VIVAWEST Vivawest Wohnen GmbH Nordostpark 1 41550 Gelsenkirchen Tel.: 02 09 23 80-0 e-mail: info@vivawest.de www.vivawest.de	Planungsbüro: IQ Ingenieurgesellschaft Quadriga mbH Nordostpark 1 41550 Gelsenkirchen Tel.: 02 09 23 80-0 e-mail: info@iq-ges.de www.iq-ges.de
---	---

Projekt:
Erschließung nach B-Plan 344
"Marie-Juchacz-Straße"
in Alsdorf

Planungstyp:
Lageplan

Blatt: AC-S-E-L01

Maßstab: 1 : 250

Datum: 16. November 2015

Revised: K. Rosenboom

Gezeichnet: R. Wierlich

Format: 887 x 1540 mm

Drawing: AC-S-E-L01.dwg